

Beschluss A Solidarisch an der Seite der Jüdischen Gemeinde Oldenburg - Gegen jeden Antisemitismus!

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 12.04.2024

Tagesordnungspunkt: 2. Solidarisch an der Seite der Jüdischen Gemeinde Oldenburg- Gegen jeden Antisemitismus!

Antragstext

1 Am vergangenen Freitagmittag, den 05. April 2024, wurde ein schrecklicher und
2 feiger Brandanschlag auf die Oldenburger Synagoge und die Mitglieder ihrer
3 Gemeinde verübt. Wir verurteilen den antisemitischen Brandanschlag aufs
4 schärfste und bringen unser tiefes Mitgefühl mit unseren jüdischen
5 Mitbürger*innen in Oldenburg zum Ausdruck. Denn jeder Anschlag auf eine jüdische
6 Einrichtung ist ein Angriff auf jüdisches Leben allgemein und jeder Angriff auf
7 jüdisches Leben ist einer zu viel.

8 Die Spuren an der Tür des Gebäudes sind noch nicht beseitigt, sie sind nicht zu
9 übersehen und werden sich ins Gedächtnis der jüdischen Gemeinde vor Ort
10 einbrennen. Antisemitische hat ebenso wie rassistische oder antifeministische
11 Gewalt keinen Platz in unserer Gesellschaft und ist durch nichts zu
12 rechtfertigen. Auch wenn Worte das Geschehene nicht ungeschehen machen, die
13 Angst unserer jüdischen Freund*innen nicht beenden können, ist es uns als
14 antifaschistische Grüne in Niedersachsen eine Herzensangelegenheit unsere
15 Solidarität mit der jüdischen Gemeinde in Oldenburg und Jüdinnen und Juden
16 überall zu bekunden.

17 Der Anschlag zeigt einmal mehr: Antisemitismus gehört zu jüdischer
18 Lebensrealität in Niedersachsen und in Deutschland dazu und prägt diese. Die
19 jahrhundertelangen Kontinuitäten des Antisemitismus in Deutschland sind ein
20 gesamtgesellschaftliches Phänomen. Jede Form des Antisemitismus gemäß der
21 Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance und Hass auf
22 den jüdischen Staat Israel in Niedersachsen muss darum entschieden
23 entgegengetreten und bekämpft werden.

24 In Deutschland und Europa tritt seit dem antisemitischen Massaker unter Führung
25 der Hamas, weiterer jihadistischer und nationalistischer Kräfte in Israel am 7.
26 Oktober 2023 wieder der rabiate, gewaltvolle und offen artikulierte
27 Antisemitismus gegen als jüdisch identifizierte Personen, Gruppen und
28 Einrichtungen zu Tage. Dahinter steht die projizierte, falsche Gleichsetzung
29 jüdischen Lebens mit Israel und der israelischen Regierung. Dennoch ist wichtig
30 zu betonen, dass der jüdische Staat ein Ort jüdischer Emanzipation ist und sein
31 Existenzrecht nicht infrage gestellt werden darf.

32 Komplexe Verhältnisse werden nicht richtig verarbeitet, unerfüllte Wünsche in
33 Wahnvorstellungen umgewandelt und auf Jüdinnen und Juden projiziert und somit
34 zum Grund der Versagung, der Ungerechtigkeiten der Welt erklärt. Die Folge sind
35 verbale und körperliche Angriffe gegen Jüdinnen und Juden sowie jüdische
36 Einrichtungen.

37 Auch wenn noch nicht feststeht, wer und aus welchen Motiven den Anschlag auf die
38 Synagoge in Oldenburg verübt hat, verzeichnen wir einen Anstieg von

39 antisemitischen Straftaten in Niedersachsen. Das muss uns aufrütteln und zu
40 Konsequenzen führen. Beispielsweise ist das Bejubeln und Propagieren von Hamas-
41 Terror auf deutschen Straßen, Plätzen oder sonstigen öffentlichen Räumen und
42 Einrichtungen nicht hinnehmbar. Es ist ebenso wenig hinnehmbar, dass Eltern
43 angesichts der zunehmenden Bedrohung gegen jüdische Mitbürger*innen Sorge haben
44 müssen, ihre Kinder zur Schule zu schicken.

45 Bei antisemitischen Vorfällen wird immer noch häufig weggesehen oder sie
46 instrumentalisiert, wenn es politisch opportun ist. Dem stellen wir uns
47 entgegen. Jüdinnen und Juden befinden sich in der bedrohlichsten Lage seit der
48 Gründung der Bundesrepublik. Die Zahl der offen antisemitischen Einstellungen
49 hat sich verdreifacht, und insbesondere bei jungen Menschen sind diese
50 Denkmuster verbreitet. Um dem zu begegnen, bauen wir auf mehr Sensibilisierung
51 für Antisemitismus im Bildungssystem sowie Geld für Kommunen, um jüdische Kunst
52 und Kultur verlässlich auszufinanzieren. Der Etat für die niedersächsische
53 Gedenkstättenarbeit wurde durch unsere rot-grüne Regierung jüngst um rund ein
54 Drittel, also zwei Millionen Euro zusätzlich, erhöht. Das ist ein wichtiger und
55 richtiger Schritt für mehr Bildungsarbeit in den Gedenkstätten.

56 Wie insbesondere Jüdinnen und Juden mit dieser neuen und doch zugleich sehr
57 alten Bedrohung umgehen, bleibt der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft oft
58 verborgen. Für uns ist eine Antwort auf diesen Brandanschlag und die erneute
59 Bedrohung jüdischen Lebens eine Bildungsoffensive gegen Antisemitismus. Doch
60 Bildung allein reicht leider nicht. Auch der Rechtsstaat ist gefragt.

61 Es muss selbstverständlich sein, dass Jüdinnen und Juden in Niedersachsen in
62 Sicherheit und ohne Angst leben können. Die Mittel für Sicherheitsleistungen für
63 jüdische Einrichtungen wurden in diesem Kontext der Lage angepasst um eine
64 Million Euro erhöht. Unsere Sicherheitsbehörden sowie der Verfassungsschutz
65 müssen weiterhin wachsam sein, den Kommunen zur Seite stehen und ggf.
66 unterstützen.

67 Der Polizei danken wir für den starken Einsatz und die erhöhte Sensibilität. Wir
68 wünschen schnellen Erfolg bei den Ermittlungen. Antisemitische Straftaten müssen
69 von den Strafverfolgungsbehörden konsequent verfolgt und mit allen zur Verfügung
70 stehenden Mitteln geahndet werden. Insoweit wird der entsprechende Erlass des
71 Niedersächsischen Justizministeriums ausdrücklich begrüßt.

72 Unsere wehrhafte Demokratie muss in der Lage sein, Minderheiten in unserer
73 Gesellschaft zu schützen. Daran misst sich die Freiheit unserer Gesellschaft.

74 Wir appellieren an alle Menschen in Niedersachsen, sich respektvoll, tolerant
75 und friedlich zu verhalten. Menschenrechte und unsere demokratische Grundordnung
76 sind zu achten und zu wahren.